

## 9 Globalisierung und Genozid: Ungleichheit und Massensterben in Rwanda

Das Ausmaß und die Intensität des Genozids in Rwanda 1994 überraschte die Welt. In hundert Tagen wurden mehr als 800'000 Menschen umgebracht, und so geriet Rwanda, ein Land, von dem die meisten Menschen kaum jemals zuvor gehört hatten, ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Schnell wurden Erklärungen angeboten, die voller Klischees waren. Das Problem, so hieß es, liege bei der Bevölkerung von Rwanda, deren Hass nicht zu zügeln sei. Der Genozid, so erfuhren wir, sei das Ergebnis nicht zu behobender «stammesbedingter» und «ethnischer» Spannungen, die seit langem dort existierten.

Diese Denkweise führte viele Experten schließlich zu dem Schluss, die einzige Hoffnung für Rwanda liege in Kräften von außen: bei den internationalen Geldgebern, sobald sie die «politische Lektion» des Genozids einmal gelernt hatten, beim entsprechend (von außen) reformierten rwandischen Staat, beim freien Welthandel und vielleicht sogar, wenn alles andere versagte, bei einer «Rückkehr zum Kolonialismus».

Diese Perspektive beruht, wie ich zeigen werde, auf einem historischen Missverständnis – und setzt ihre Hoffnung gerade auf diejenigen Kräfte, die den Genozid zunächst einmal angefacht haben. Weit davon entfernt, ein Motor des Genozids zu sein, ist die rwandische Bevölkerung tatsächlich die einzige Kraft, die eine realistische Chance hat, weitere Genozide zu verhindern. Rwandas diverse Probleme – politische, ethnische, militärische, kulturelle, ökonomische und ökologische – erfordern populäre Lösungen, denen sich andere Staaten und globale Organisationen aller Wahrscheinlichkeit nach widersetzen werden.

Vor 1990 betrachteten viele Beobachter/innen Rwanda als eine Oase des Fortschritts im Osten von Zentralafrika, ganz im Gegensatz zu den Nachbarstaaten Zaire, Uganda und Burundi. Die herrschende Partei war seit 1973 an der Macht, und die Situation der Menschenrechte war, wenn von ausländischen Beobachtern auch als «schlecht» bezeichnet, deutlich besser als in vielen Nachbarländern. Tatsächlich hatten viele Schulen, Missionen und NGO, die vor dem Terror in den Nachbarländern geflohen waren, ihren Sitz nach Rwanda verlegt. Rwanda schien auch wirtschaftlich gesund zu sein. Seit 1965 hatte das Land seine Abhängigkeit von der Landwirtschaft stärker als jedes andere Land südlich der Sahara (mit Ausnahme von Lesotho) verringert. In den 1970ern, als das Bevölkerungswachstum die Nahrungsmittelproduktion im übrigen Afrika südlich der Sahara überflügelte, ging es Rwanda besser. Mitte der 1980er wies nur eine Nation südlich der Sahara ein rascheres Wachstum an Agrarexporten auf als Rwanda (diese Exporte bestehen im Falle von Rwanda hauptsächlich aus Kaffee)<sup>1</sup>.

Obwohl Rwanda noch immer sehr arm war, befand es sich eindeutig auf dem aufsteigenden Ast. In den 1980ern erkannte die Europäische Union diesen Fortschritt an und lud Rwanda zusammen mit nur drei weiteren afrikanischen Ländern ein, an ihrem Programm für Ernährungsstrategien teilzunehmen. Ein Bericht der Weltbank, der fast ein Jahrzehnt afrikanischer Entwicklung überschaute, zollte Rwanda höchstes Lob.

Als Rwanda 1962 seine Unabhängigkeit gewann, hätten nur wenige Beobachter/innen dem Land eine derart verheißungsvolle Zukunft vorausgesagt. Rwanda war winzig (26'000 km<sup>2</sup>), etwa so groß wie Mecklenburg-Vorpommern, ohne Zugang zum Meer, dicht bevölkert und fast vollständig ländlich geprägt. Von bescheidener geopolitischer Bedeutung, war Rwanda sogar für seine Eroberer nicht wirklich attraktiv gewesen. Deutschland, das Rwanda von 1899 bis 1916 regierte, wollte das Land hauptsächlich als Durchgangsland für eine Eisenbahn (die nie gebaut wurde) benützen. Auch Belgien, das sich Rwanda und Burundi im Ersten

1 Kaffee ist in Afrika südlich der Sahara der am häufigsten produzierte Exportartikel. Fast die Hälfte der vierzig Nationen, die 1992 in einer Studie untersucht wurden, sind auf Kaffeeproduktion spezialisiert, mehr als 25 Prozent hingegen auf die Baumwollproduktion.

Weltkrieg aneignete, hoffte zunächst, «Ruanda-Urundi» gegen Land anderswo in Afrika einzutauschen. Nachdem dies scheiterte, zwangen die Belgier Rwanda, Nahrungsmittel für die Kupferminenarbeiter in Belgisch-Kongo zu liefern. 1929, als der Kupfermarkt zusammenbrach, zwangen die Belgier die Bauern dazu, Kaffee für den Export anzubauen. Als diese Kaffeeproduktion im Zweiten Weltkrieg einen neuen Höhepunkt erreichte, tötete eine schreckliche Hungersnot 300'000 Menschen – ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

Andere Probleme erwuchsen aus der zunehmenden Polarisierung der rwandischen Gesellschaft. Das präkoloniale Rwanda war in zwei große soziale Klassen geteilt, die Tutsi (eine Kriegeraristokratie) und die Hutu-Bauernschaft. Der Schlüssel zur Geschichte Rwandas ist die Tatsache, dass sich der Begriff «Hutu», anders als oft angenommen, nicht auf eine ursprüngliche, ethnisch einheitliche Gruppe, sondern vielmehr auf eine moderne Bauernklasse bezieht, die sich aus einer Vielzahl besiegtter Völker zusammensetzte, deren Identität als «Hutu» (wörtlich «Untertan») ihre gemeinsame Unterwerfung unter die Tutsi-Aristokratie widerspiegelte. Das rwandische Reich, das in der späten präkolonialen Ära rasch wuchs, war das gemeinsame Produkt beider Klassen. Als dieses Reich an die Europäer fiel, geriet das empfindliche Gleichgewicht der rwandischen Klassenbeziehungen ins Wanken. Die Tutsi-Lords wurden zu verhassten Arbeitgebern, die von den Belgiern bedrängt wurden, die Bauern dazu anzutreiben, Kaffee für den Weltmarkt zu produzieren.

Nach Abzug der Belgier 1962 spülte eine Welle von Anti-Tutsi-Emotionen ein Hutu-Regime an die Macht, und tausende von Tutsi wurden getötet oder ins Exil getrieben; diese Tutsi waren Opfer einer Bewegung, die viele Zeichen von Rassismus aufwies (weil viele Hutu den belgischen Mythos akzeptierten, die Tutsi als «braune Weiße» seien ihre rassistischen Feinde). Der Gewaltkreislauf, der 1994 seinen Höhepunkt erreichen sollte, hatte begonnen.

Der zweite Akt dieser Tragödie entfaltete sich in Burundi, wo eine andere «Tutsi»-Oberschicht auch nach dem Rückzug der Belgier an der Macht blieb. Im Jahre 1972 diente ein Aufflackern von Revolten als Vorwand für 100'000 Morde. Ähnliche Massaker ereigneten sich 1988 und 1993. Der dritte Akt fand in Uganda statt, wohin sich seit den 1920ern mehr

als eine Million Rwander geflüchtet hatte, um Hunger oder Verfolgung zu entgehen. 1982 reagierte das Obote-Regime auf eine Revolte im Luwero-Distrikt mit brutaler Unterdrückung, wobei die Rwander oft als Sündenböcke dienten. Rund 300'000 Menschen wurden getötet, darunter etwa 60'000 Rwander.

Nach Obotes Sturz 1986 übernahmen mehrere Rwander in der neuen Museveni-Regierung Führungspositionen – aber dennoch blieben anti-rwandische Vorurteile lebendig. Viele Exilrwander wollten heimkehren, doch sie wurden immer wieder von der rwandischen Regierung zurückgewiesen. Im Oktober 1990 drangen rwandische Soldaten aus Musevenis Militär, die sich zur Rwandischen Patriotischen Front (RPF) zusammengeschlossen hatten, nach Rwanda vor, um den Hutu-Einparteiensstaat durch ein multiethnisches Mehrparteiensystem zu ersetzen. Im April 1994, kurz nach Unterzeichnung des Friedensvertrags, unternahm das Hutu-Regime eine letzte Anstrengung, an der Macht zu bleiben, indem es einheimische Tutsi (vorwiegend Bauern) und Dissidenten massakrierte. Daraufhin nahm die RPF den Kampf wieder auf, gewann den Krieg und machte dem Völkermord ein Ende. Die frühere Regierung und ihre Helfershelfer flohen ins Exil.

Rwanda, die Oase des Fortschritts, war mit anderen Worten zu einem riesigen Schlachtfeld geworden. Warum? Welche Kräfte stürzten Rwanda in diesen Strom von Mord und Massensterben?

Afrika wird seit langem von zahlreichen, außerordentlich blutigen Bürgerkriegen geplagt. Von 1960 bis 1987 wurden 4,5 Millionen Afrikaner/innen südlich der Sahara in Bürgerkriegen, Revolten und anderen inneren Konflikten getötet – weitaus mehr als in Asien oder Lateinamerika.<sup>2</sup> Seit 1987 hat sich der Blutzoll weiter erhöht, denn auch in Sierra Leone, Liberia, Somalia, im Sudan, in Rwanda, Burundi, Eritrea, Äthiopien und im Kongo sind Kämpfe ausgebrochen. Der Grund dafür liegt letztlich – darin sind sich die meisten Beobachter/innen einig – in den inneren Widersprüchen der postkolonialen Regierungen. Diese Widersprüche sind manchmal

2 Man beachte, dass Südafrika, wo viele zusätzliche Konflikte stattgefunden haben, bei dieser Zahl nicht berücksichtigt ist.

ethnischer Natur. Aber Ethnizität ist nicht alles, noch verlaufen die Trennungslinien in Afrika so einfach, wie sich viele Außenstehende vorstellen. In Rwanda ist zum Beispiel das, was wie ein ethnischer Konflikt erscheint, in vieler Hinsicht ein Klassenkampf mit partiell ethnischem Charakter. Und es sind auch mächtige globale Kräfte im Spiel, die viele afrikanische Gesellschaften verwüstet haben.

Um diese Punkte zu verstehen, müssen wir uns kurz mit Rwandas Geschichte beschäftigen. Wie ist es beispielsweise wirklich um Rwandas ethnische Zusammensetzung bestellt?

In der frühesten Phase war die Tutsi-Hutu-Verbindung in ihrer Art weitaus ethnischer als in späteren Perioden. Die ersten «Tutsi» (wörtlich «Neuankömmlinge») waren wahrscheinlich Luo sprechende Einwanderer aus dem Norden. Nachdem sie in die Region der Ostafrikanischen Seenplatte gelangt waren, wuchsen sie zu einer Schicht Vieh hütender Krieger mit einem, wie es scheint, eigenständigen ethnischen Profil zusammen. Nicht lange, und einige dieser Neuankömmlinge hatten sich einheimische Bauern untertan gemacht, die so zum ersten Mal zu «Hutu» wurden.

In der nächsten Phase bekamen die Begriffe «Tutsi» und «Hutu» primär eine Klassenbedeutung. Auch wenn die Oberschicht noch immer als Tutsi bezeichnet wurde, so war diese Bezeichnung nicht länger ethnisch. Reiche Hutu konnten durch ein Ritual Tutsi-Status erlangen, und arme Tutsi konnten auf das Niveau eines gewöhnlichen Hutu sinken. In diesem Stadium intervenierte jedoch der Kolonialismus, und es begann eine dritte Phase. Überzeugt, die Tutsi seien durch ihre Rasse bedingt Aristokraten, garantierten ihnen die Kolonialherren aus ausgesprochen rassistischen Gründen viele Privilegien. Dadurch verhärtete sich nicht nur die rwandische Klassenteilung, sondern diese Polarisierung erhielt darüber hinaus einen quasiethnischen Beigeschmack. Auf diese Weise wurden die Tutsi für die Hutu-Bauernschaft zu einer verhassten Volksgruppe. Aus einer Klassenteilung wurde dadurch auch eine quasiethnische Teilung.

«Rassisch» bedingte Feindseligkeiten flammten während der Anti-Tutsi-Pogrome auf, die die Geburt von Rwandas Unabhängigkeit in den Jahren 1959 bis 1964 markierten. Obwohl die meisten in Rwanda verbliebenen Tutsi nun gewöhnliche Bauern waren, schwelten die Animositäten in der nächsten Generation unter der Oberfläche weiter. Die tatsächliche

ethnische und selbst die hierarchische Bedeutung der Tutsi-Hutu-Trennung verwischte sich rasch, doch sie blieb ideologisch für viele Rwander sehr real. Ethnizität führt, einmal erfunden, oft zu Ethnozentrismus, und genau das ist offensichtlich in Rwanda geschehen. Und dieser Ethnozentrismus bot dem habgierigen rwandischen Staatsapparat eine Gelegenheit. Anfang der 1990er-Jahre standen die rwandischen Herrscher durch eine Guerillaarmee (die RPF), die internationalen Geldgeber (zum Beispiel IWF und Weltbank) und durch eine bedrohliche Unzufriedenheit der Bauern unter starkem Druck; in dieser Lage hofften die Machthaber, ihre Feinde zu entzweien, indem sie sich noch vorhandene ethnische Feindseligkeiten zunutze machten. Der Genozid bewies, dass der Ethnozentrismus in der Tat eine Kraft ist, mit der gerechnet werden muss.

Neben örtlichen Faktoren gab es auch mächtige internationale Kräfte, die Rwandas Stabilität unterminierten. Historisch gesehen, hingen die destruktivsten dieser Kräfte sämtlich mit dem Weltmarkt zusammen. So sollte man sich beispielsweise daran erinnern, dass selbst der belgische Kolonialismus, was Rwanda betraf, im Wesentlichen von Marktinteressen gelenkt war. Bis 1929 behandelte Belgien Rwanda wie ein Anhängsel des Weltkupfermarktes, und danach machte Belgien die rwandischen Bauern zu Sklaven des Kaffeemarktes. Dies war der entscheidende Punkt der kolonialen Phase und ist auch in der Postkolonialzeit eine grundlegende Realität geblieben. Kaffee und immer wieder Kaffee hat die Polarisierung in Rwanda angefacht. Stets ist Rwanda *gezwungen* worden, für den «freien Markt» zu arbeiten – zuerst von den Belgiern und ihren Tutsi-Adjutanten, dann durch zwei Anti-Tutsi-Regime. Die Folgen waren Massensterben in verschiedenen Formen, von Hungersnot bis Völkermord.

Meiner Meinung nach war die Verbindung zwischen Massensterben und Markt niemals deutlicher als beim zweiten postkolonialen Regime. Die Zweite Republik, die 1973 nach einem Militärputsch unter Leitung von Juvénal Habyarimana gegründet und nach dem Genozid 1994 gestürzt wurde, war eine Ausgeburt von Zwang und Gewalt und gleichzeitig eine Ikone der marktgesteuerten «Entwicklungsstrategien», die den Ideologen des freien Marktes so lieb und teuer sind. Diese Mischung von Qualitäten ist keineswegs seltsam oder ungewöhnlich, wie die Befürworter der Globalisierung gerne denken möchten. Ganz im Gegenteil, der hochgelobte

«Fortschritt» der rwandischen Wirtschaft, der Rwanda für den IWF und die Weltbank so viel versprechend machte, ruhte sicher und fest auf einem Fundament von Zwangsarbeit und einer Bürokratie, die alles von oben nach unten regelte. Rwanda war genau deshalb scheinbar eine Erfolgsgeschichte für die Globalisierung, weil es Zwang einsetzte, um «Entwicklung» zu garantieren. Hier wie auch sonst wo in Afrika südlich der Sahara war Zwangsarbeit das schäbige Geheimnis des «freien Handels».

Als es im Handel kriselte – der Kaffeemarkt brach 1987 zusammen, gefolgt von Hunger und Unzufriedenheit –, sahen der IWF und die Weltbank die Gelegenheit gekommen, dem Habyarimana-Regime eine noch strengere neoliberale Politik aufzuzwingen. Diese neue Politik verschlimmerte jedoch nur die grundlegenden sozialen und ökonomischen Probleme und gab denjenigen Kräften neuen Auftrieb, die schließlich zum Genozid führten. Da die Habyarimana-Clique vom Weltmarkt keine Rettung erhoffen konnte, nahm sie Zuflucht zu Gewalt.

Die Befürworter der Globalisierung behaupten, die Globalisierung käme Arm und Reich gleichermaßen zugute – den postkolonialen «neuen Nationen» wie auch den ehemaligen Kolonialmächten, die im IWF und in der Weltbank ihr Geld anlegen. Rwanda, das früher als Beleg für diese Behauptung herangezogen wurde, erzählt inzwischen offenbar eine ganz andere Geschichte.

Chronisten des Genozids haben eindeutig gezeigt, dass der Völkermord in Rwanda nicht *plötzlich* seinen Anfang nahm, wie es von den Medien dargestellt wurde, sondern dass es sich um eine quasimilitärische Kampagne handelte, bis ins Kleinste geplant von der habgierigen herrschenden Partei Rwandas, die sich bemühte, einen unterschweligen Hutu-Rassismus auszunutzen, um sich an der Macht zu halten. An dieser Stelle möchte ich zwei weitere Punkte betonen, nämlich erstens, dass das Habyarimana-Regime zu Zwang überging, weil es nicht länger darauf zählen konnte, mit Konsens an der Macht zu bleiben, und zweitens, dass die globale Bankengemeinschaft eine verborgene, aber zentrale Rolle dabei spielte, Rwanda an den Rand des Abgrunds zu treiben – und darüber hinaus.

Beide Behauptungen hängen zusammen, und zwar auf folgende Weise: Auf der einen Seite nahm die Legitimität der rwandischen Regierung, die

schon durch den Kolonialismus stark kompromittiert worden war, infolge der Habgier der postkolonialen Herrscher noch weiter ab. Diese Habgier wiederum wurde vom IWF und von der Weltbank angefacht und genährt, die dadurch dazu beitrugen, die Bühne für den Genozid vorzubereiten.

In den Zeiten vor der Kolonialisierung hatte sich der rwandische Staat im Abglanz seiner heiligen Könige gesonnt. Doch das Königtum wurde durch eine korrupte Kolonialbürokratie ersetzt, die sich weniger auf Konsens denn auf Zwang stützte. Im ersten Rausch der Unabhängigkeit machten die neuen Herrscher den Bauern kleine Zugeständnisse. Doch in den 1970ern und 1980ern, als ein Zustrom internationaler Darlehen die Abhängigkeit des Staates vom Kaffeemarkt (und damit von der Bauernschaft) verringerte, wurden die Herrscher noch habgieriger als zuvor. Die Ungleichheit nahm zu, und die Bauern wurden noch ärmer. Als die Kaffeepreise 1987 rapide sanken, mussten sich die Herrschenden noch stärker auf die internationalen Banken stützen. Von den Banken gezwungen, als Schocktherapie für ihre kränkelnde Wirtschaft rigorose Sparmaßnahmen einzuleiten, versuchte die rwandische Regierung, ihre Verluste wettzumachen, indem sie die Schrauben bei den Bauern fester anzog. Die Bauern leisteten Widerstand, und als auch die RPF den Druck erhöhte, fühlten sich die Machthaber in der Falle. Statt ihre Niederlage zu akzeptieren, entschieden sie sich für den blutigsten Weg – einen totalen Krieg gegen einen Großteil ihrer eigenen Bevölkerung.

Kaum getarnt als Ausbruch ethnischer Gewalt, war der Genozid tatsächlich nichts anderes als ein verzweifelter Machtkampf. Tatsächliche und potenzielle Feinde wurden umgebracht. Aus mehreren Gründen traf dieser Genozid die Tutsi-Bauern am stärksten: Erstens aus dem Wunsch des Regimes, schwelenden ethnischen Hass auszunutzen, um in einem letzten Versuch die «Hutu»-Legitimität festzuschreiben. Zweitens aus der Überzeugung, alle Tutsi seien geborene Dissidenten, und drittens als eine Maßnahme von echtem Ethnozentrismus auf Seiten des Regimes und seiner Komplizen. Doch auch tausende von Hutu wurden aus politischen Gründen umgebracht. Sie opponierten gegen das Regime. Und sie legten den fatalen Mangel an Legitimität der Herrschenden offen.

Letztlich war es der Legitimitätsverlust der Machthaber, der sich als entscheidend erwies. Auch wenn diese Legitimitätskrise durch die aktuelle



Politik der Weltbank verschärft wurde – wie wir im Folgenden noch sehen werden –, hat sie ebenfalls tiefe historische Wurzeln.

Als die Tutsi erstmals vor rund 500 Jahren in das Gebiet der Ostafrikanischen Seenplatte kamen, fanden sie unter den Zigaaba, Sindi und anderen Völkern der Region ein wohletabliertes System heiliger Könige. Bis dahin hatten die Tutsi ein egalitäres System, doch sie übernahmen die lokalen Normen. Unter verschiedenen Namen wie «Tutsi» und «Hima» schufen sie eigene heilige Königreiche. Rwanda, was so viel wie «Reich» bedeutet, war ein solches Reich, bei dem die Macht in Händen eines heiligen Königs, des «Mwami», lag, der als Personifikation von *imana*, der mystischen Kraft des Lebens und der Fruchtbarkeit, galt.

Bei den Barundi, die eine ähnliche Tradition haben, bedeutet das Verb «herrschen» auch «geben». In Rwanda vereint derselbe Begriff die Vorstellungen von «Mann», «Ehemann», «Männlichkeit», «Mut» und «Freigiebigkeit». Der König ist nach dieser Weltsicht die Quelle von Reichtum und Wohlbefinden, die Verkörperung des Reiches und die lebendige, spendende Gottheit, die durch das königliche Ritual für die Fruchtbarkeit von Boden, Vieh und Bevölkerung sorgt.

In Wirklichkeit basierten Reichtum und Ansehen des Mwami jedoch auf der Arbeit der Bauern. Sein Hofstaat, seine Kornspeicher und seine Herden wurden durch Dienstleistungen und Überschüsse seiner Untertanen unterhalten – den heute bekannten Hutu. Angeblich über den Klassen stehend, war der König in Wirklichkeit das Wahrzeichen von Rwandas Klassenbeziehungen. Als vornehmster Tutsi-Adliger und Träger der königlichen Trommel (vergleichbar mit der europäischen Krone) war der Mwami der gierigste Konsument der Überschüsse, die die Hutu erarbeiteten. Doch seine Herrschaft war nicht einfach nur ausbeuterisch. In den auf Gegenseitigkeit beruhenden Beziehungen rwandischen Typs sucht der König Legitimität, nicht nur Dominanz. Und für diese Glaubwürdigkeit und Rechtsgültigkeit darf er nicht nur nehmen, sondern muss auch geben.

Dennoch hatten die Bande zwischen Staat und Bevölkerung bereits in präkolonialen Zeiten begonnen, brüchig zu werden, da der König immer mehr Macht verlangte. Dieser Wandel widerspiegelt sich in einem Sprich-

wort aus der Spätzeit des Königtums: «Die Trommel ist größer als der laute Schrei», was heißt, dass die Krone die Stimme des Volkes übertönt. Dieses Gefühl der Distanz zur Macht vertiefte sich, als der letzte präkoloniale König, Rwabugiri, in einer Zeit wachsender Ungleichheit zwischen Arm und Reich viele staatliche Funktionen zentralisierte. Schließlich, mit dem Anbruch des Kolonialismus, wurde die Kluft zwischen Staat und Bevölkerung noch tiefer.

Deutschland, das Rwanda 1899 annektierte, fand das kleine Königreich in Aufruhr. Rwabugiris Tod 1895 hatte einen Konflikt um die Nachfolge ausgelöst, der zu einem Staatsstreich der «matrildynastischen» Kagara-Linie der Tutsi-Aristokratie führte, aus der schon viele rwandische Königinnen hervorgegangen waren. Im Jahre 1896 stürzten Kagara-Verschwörer (angeführt von der Königinmutter Kanjogera) den Erben der königlichen Trommel und erklärten Kanjogeras Sohn Musinga zum neuen Mwami. Diese widerrechtliche Machtergreifung entfachte zwei Rebellionen, die derart brutal unterdrückt wurden, dass es in der Folge zu Hungersnöten kam. Bald erhielt das neue Regime den zynischen Beinamen «Cyiimamaboko», «die Gewalt, die herrscht». Selbst Kanjogera spürte, dass die Heiligkeit der Königswürde verletzt worden war. Sie und ihre Familienmitglieder hatten die Macht erobert, doch konnten sie für sich in Anspruch nehmen, *imana* zu verkörpern? Das schien vielen zweifelhaft.

Ähnlich schicksalhaft war Musingas Wunsch, das Volk der Kiga im Norden zu unterwerfen. Die Kiga, die sich aus vielen ethnischen Gruppen zusammensetzten, waren fast das einzige Volk im Gebiet der Ostafrikanischen Seenplatte, bei dem ein heiliges Königtum nicht Tradition war, und sie hatten sich einer Unterwerfung lange widersetzt. Musinga erkannte jedoch, dass die Europäer ihm helfen würden, die Kiga zu unterwerfen. Die Folge war, dass Rwanda Ende der 1920er-Jahre gewachsen war und nicht nur die Tutsi und Hutu im Süden, sondern auch die Kiga einschloss, die neu in der Tutsi-Hutu-Gesellschaft waren – und den hochmütigen Tutsi-Eroberern gegenüber unversöhnlich feindlich gesinnt blieben. Das volle Ausmaß dieser Feindseligkeit wurde 1994 deutlich.

Eine neue Phase begann, als Belgien 1916 die Macht in Rwanda übernahm. Bedeutsam war, dass die Belgier sich entschlossen, das Land mit Hilfe des Adels zu regieren und so den König an den Rand drängten. 1913

war Musingas Groll über seinen gesunkenen Status so stark angewachsen, dass die Belgier entschieden, ihn zugunsten seines nachgiebigeren Sohnes Rudahigwa zur Abdankung zu zwingen. Dieser Schachzug hatte einen tief greifenden «entweihenden» Effekt, der 1935 noch verstärkt wurde, als ein heiliges königliches Gebäude zum Sitz einer katholischen Kirche umfunktionierte wurde.

Im Jahre 1926 gestalteten die Belgier auch die Aristokratie um. Das präkoloniale System, das die Ansprüche mehrerer verschiedener Aristokratenkasten ausbalanciert hatte, wurde zugunsten eines zentralisierten Systems von Chiefs zerstört. 1935 gab es in ganz Rwanda knapp 70 Chiefs, die von 900 untergeordneten Chiefs unterstützt wurden. Diese Tutsi-Chiefs wurden überdies als «rassisch reine» Herrscherkaste behandelt; sie allein hatten Zugang zu Ämtern, Bildung und Luxus. Zwar wies die Rassenlogik der Belgier ein paar Löcher auf – da es an klaren rassistischen Kriterien mangelte, definierte diese Theorie all diejenigen als Tutsi, die mindestens zehn Kühe besaßen –, dennoch verharrten die Belgier in ihrem Bemühen, Rwanda in rassistische Lager zu spalten. Das Ergebnis war, wie viele Kritiker feststellten, eine Art Apartheid. Die subtile Frage nach der Identität wurde zu einer Tutsi-Hutu-Polarität verflacht. Statt Freigiebigkeit und Gegenseitigkeit brachten die Belgier Ungleichheit. Dadurch verwandelte sich der Klassenunterschied zwischen Aristokratie und Bauernschaft in einen tiefen Graben – und erhielt darüber hinaus ein «rassistisches» Profil.

Die Belgier profitierten von dieser Polarisierung. «Wir setzen den Chiefs unablässig zu», schrieb ein Verwaltungsbeamter 1932, und die Chiefs schikanierten ihrerseits die Bauern. In demselben Jahr – ein Jahrzehnt nach Einführung der Zwangsarbeit und ein Jahr nach Beginn des erzwungenen Kaffeeanbaus – protestierte ein Priester, die Bauern würden so stark angetrieben, dass sie Gefahr liefen, zu verhungern. Zwangsarbeiten, wie Wege freischlagen, Bäume pflanzen, Feldarbeit und Bauarbeiten, kosteten täglich zwei Drittel der gesamten 204 erwachsenen Männer in seiner Gemeinde ihre gesamte Arbeitszeit. Die belgischen Forderungen waren so extrem, dass der Begriff für harte Arbeit, *akazi*, zu einem Synonym für Zwangsarbeit wurde. Inzwischen musste jeder Steuerzahler zusätzlich zu *akazi* hundert Kaffeesträucher anpflanzen, deren Ernte

für den Export bestimmt war, und zwar zu von den Belgiern festgelegten Preisen. Bis 1937 waren in «Ruanda-Urundi» zwanzig Millionen Kaffee-sträucher gepflanzt worden, und später kamen noch viele weitere hinzu.

1944 war es so weit, dass die Zwangsarbeit von jedem Erwachsenen jährlich 120 Werkstage forderte. Dies ging schließlich selbst einem der Generalgouverneure zu weit, und er schrieb 1955 empört, die Chiefs nötigten den Bauern alles ab, bis zum Existenzminimum.

Es genügt zu sagen, dass Rwanda unter belgischer Herrschaft den Bauern durch Zwangsarbeit buchstäblich das Mark aussaugte. Das änderte sich auch nach der Unabhängigkeit nicht (ein Prozess, der in mehreren Stufen ablief und von 1959 bis 1962 dauerte). Zu diesem kritischen Zeitpunkt wurden der König und tausende von Tutsi gezwungen, ins Exil zu gehen; sie waren die Opfer einer «Hutu-Revolution», die von einer neuen Partei, der Parmehutu (Partie du Mouvement de l'Emancipation Hutu), geführt wurde, deren Basis in Südrwanda, in Gitarama und in den nördlichen, weitgehend von Kiga bevölkerten Provinzen Gisenyi, Ruhengeri und Byumba lag. Obwohl sich die Parmehutu als Garantin republikanischer Tugenden gebärdete, erwies sie sich bald als würdige Nachfolgerin der Tutsi-Bürokratie. Bis 1965 hatte die Parmehutu einen Einparteiensstaat etabliert, und schon bald darauf kontrollierten Gitaramisten die Partei und verdrängten die Bevölkerung aus den nördlichen Provinzen. Politiker aus Gitarama (geführt von Gregoire Kayibanda) entwickelten sich bald zu einer «Staatsaristokratie», der es darum ging, sich durch Kontrolle des Kaffeehandels selbst zu bereichern. Ihr Hauptinstrument war das staatlich geführte Vermarktungssystem, das die Exportprofite monopolisierte.

Die Bevölkerung der nördlichen Provinzen war aufgebracht, nicht nur, weil sich die Menschen im Stich gelassen fühlten, sondern auch, weil die Kiga in Kayibanda einen Gegner ihrer traditionellen sozialen Beziehungen sahen. Anders als die Gitaramisten, für die der Staat als Quelle der Bereicherung diente, wollten die Bewohner der Nordprovinzen den Staat zum Diener der traditionellen Kiga-Grundbesitzerklasse machen. Im Jahre 1973, als Kayibanda eine neue Behörde (Onaco) mit großen Machtbefugnissen über den Privatsektor einsetzte, war der Bogen dann überspannt. Im Juli 1973 riss ein Kiga-General, Habyarimana, die Macht an

sich und «suspendierte» die Onaco, die er als «Kommunistenbrutstätte» verteufelte.

Habyarimana war kein Populist und führte schon bald die Zwangsarbeit wieder ein; alle Erwachsenen mussten sich jeden Samstag unter staatlicher Aufsicht zu Arbeitsgruppen zusammenfinden. Auf Arbeitsverweigerung stand Gefängnis.<sup>3</sup> Auch in anderer Hinsicht errichtete Habyarimana einen noch elitäreren und habgierigeren Staat als seine Vorgänger. Den Kern des Regimes bildete ein enger innerer Kreis, «Akazu» oder «kleine Hütte» genannt, der aus Habyarimanas engsten Vertrauten bestand, von denen die meisten aus Gisenyi stammten. Viele andere Kiga (Politiker, Händler usw.) gehörten zum Umkreis des Akazu, und diese bereicherten sich unglaublich auf Kosten des Staates.

Obwohl Habyarimana vorgab, für alle Rwander zu sprechen, war es klar, so ein früherer Botschafter, dass er sich «in Wirklichkeit nur für die Bakiga<sup>4</sup>-Leute interessierte [...], insbesondere für diejenigen aus Gisenyi» (OMAAAR/de WAAL, 1994). Nach Gitarama und Kibuye, wo 20 Prozent der Bevölkerung lebten, floss nur 1 Prozent der landwirtschaftlichen Investitionen (Geberfonds nicht mitgerechnet), während sich Gisenyi, Ruhengeri, Kigali (die Hauptstadt) und Cyangugu fast 90 Prozent der Gesamtsumme teilten. Ähnliche Ungleichheiten waren überall zu finden.

Ein belgischer Experte berichtete nur wenige Monate vor dem Genozid, dass die Tutsi-Hutu-Spaltung von einem Konflikt der Regionen abgelöst worden sei. Der Norden, der auf Kosten des Südens gedieh, hatte die alte Rhetorik von der «Einheit der Hutu» zum Gespött werden lassen. Doch auch der Norden war nicht frei von Konflikten. Als ein Anthropologe 1977 den Norden besuchte, fand er, dass sich die alte Grundbesitzer-

3 Der reaktionäre Wagemut dieses Schrittes lässt sich an der Tatsache ablesen, dass Zwangsarbeit 1957 im revolutionären «Manifest von Bahutu» ausdrücklich als Praxis bezeichnet wurde, die «nicht länger zur Situation und Psychologie von heute passt». Keine andere Bestimmung der Belgier/Tutsi-Herrschaft war so verhasst gewesen.

4 «Bakiga» ist der Bantu-Ausdruck für «Volk der Kiga», so wie «Bahutu» «Hutu» meint.

Bauern-Beziehung noch weiter zugunsten der Grundbesitzer verlagert hatte. Für die armen Kiga, schrieb er, heiße das Teufelswort *amataranga* – Geld. Die Kiga-Grundbesitzer hatten von der neuen Geldwirtschaft profitiert und sich das Land verarmter Bauern angeeignet, sodass es zu einer tiefen Kluft zwischen Arm und Reich kam.

Anderswo war die Situation ähnlich verzweifelt. Der durchschnittliche Besitz an Grund und Boden ging dramatisch zurück, viele verloren ihr ganzes Land, und das Einkommen der Bauern sank rapide. Diese krasse Ungleichheit führte zu einer tiefen Unzufriedenheit. Anfang der 1990er-Jahre braute sich eine offene Revolte zusammen. Der Genozid war ein allerletzter Versuch, diese Revolte im Keim zu ersticken.

Die Regierung von Rwanda verlor den Rückhalt der Bevölkerung, als sie zum Motor einer sich ständig weitenden Kluft zwischen Arm und Reich wurde. Nicht weniger als ethnische Animositäten spielte die Ungleichheit zwischen den Klassen eine entscheidende Rolle bei der Zerstörung der rwandischen Gesellschaft – und der rwandische Staat fachte die Klassen- wie auch die ethnischen Spannungen an. Der Staat seinerseits wurde stark von der wachsenden Globalisierung beeinflusst. Der altmodische Imperialismus, der hauptsächlich von Frankreich (das Belgien als Rwandas Alliiertes verdrängt hatte) repräsentiert wurde, war immer noch mächtig, doch die globale Gemeinschaft der Geldgeber übte einen noch direkteren Einfluss aus. Und dieser Einfluss war größtenteils zerstörerisch.

Der IWF und die Weltbank ruhen nur selten, den politischen Tumult wahrzunehmen, den sie verursachen oder verschlimmern. Im Jahre 1988 beispielsweise, als die Regierung von Burundi zehntausende ihrer Bürger/innen tötete, wurde die Weltbank gelobt, weil sie Interesse zeigte! Und sie hatte guten Grund, sich zu interessieren, denn nicht lange zuvor hatte sie Burundi – pro Kopf gerechnet – zum weltgrößten Empfänger von Niedrigzinsdarlehen gemacht. Diese Darlehen, die mit einer von der Weltbank verordneten Sparpolitik einhergingen, trugen direkt zu Burundis Destabilisierung und Polarisierung bei. Doch die Bank kam bald zu dem Schluss, die Massaker seien keine «absichtliche Politik» gewesen, und kehrte zu ihrer früheren Kreditvergabepolitik zurück.

Anderswo schenkten IWF und Weltbank den politischen sowie sozialen Konsequenzen ihrer Vergabepolitik ebenso wenig Aufmerksamkeit. Doch die Programme der Weltbank und des IWF sind von so viel Gewalt begleitet worden, dass dies selbst IWF-Ökonomen aufzufallen begonnen hat. Die Schlüsselfigur in dieser Hinsicht ist Jean-Dominique LAFAY, der zusammen mit seinen Mitarbeitern DESSUS und MORRISSON die Daten von 23 afrikanischen Nationen (einschließlich Rwanda) analysiert hat, um herauszufinden, ob die Politik des IWF Konflikte und Gewalt angefacht hat. Ihre Schlussfolgerungen sind ernüchternd.

LAFAY konzentrierte sich auf ein Trio von «Entscheidungsträgern» – IWF und Weltbank, den Staat und die bürgerliche Gesellschaft – und stieß auf eine von oben nach unten gerichtete Kausalkette, die mit der IWF-Weltbank beginnt und über den Staat zur Öffentlichkeit führt. Die Bevölkerung, die unter der Sparpolitik von IWF und Weltbank zu leiden hat, widersetzt sich so lange, bis sie unterdrückt wird.<sup>5</sup> Staatliche Repression ist daher ein direkter Auswuchs der vertrauten IWF-Weltbank-Ziele: Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben, erhöhte Verbraucherpreise, Steuererhöhungen, Einschnitte bei der öffentlichen Beschäftigung und Währungsabwertung.

Empirisch gesehen, sind IWF- und Weltbank-Interventionen dieses Typs fast immer und überall unpopulär gewesen.<sup>6</sup> Einsparungen bei den Ausgaben, Preis- und Steuererhöhungen sowie Stellenstreichungen führen gewöhnlich zu Streiks und Demonstrationen, die wiederum in fast allen Fällen staatliche Gewalt provozieren – Verhaftungen, Maßnahmen, Gewerkschaften und Parteien zu verbieten sowie Bemühungen, die Medien zu zensurieren und die Schulen zu schließen. Dazu kommt es, so LAFAY, weil fast jeder afrikanische Konflikt rasch «zu einem Disput über die Legitimität des Regimes» führt. Dennoch fahren IWF und Weltbank augenscheinlich ungeachtet der Konsequenzen fort, diese Konflikte zu speisen.

5 Von diesem Punkt an werde ich mich aus Gründen der leichteren Lesbarkeit auf LAFAY als Autor der zitierten Studie beziehen. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass MORRISSON und DESSUS seine Koautoren sind.

6 In 15 von 16 sorgfältig überprüften Fällen.

Rwanda und Burundi sind der lebendige Beweis dafür. Als die Staatsgewalt von Burundi 1993 weitere 100'000 Menschen massakrierte, äußerten zwei Weltbankökonominnen verspätetes Bedauern über die Auswirkungen der Bankpolitik. Die «Lehre ist», schrieben sie, «dass eine Regierung, wenn sie versucht, eine Wirtschaft neu zu strukturieren – was eine Umverteilung des Einkommens und damit der Macht mit sich bringt –, nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen und politischen Bindungen berücksichtigen muss, die eine Gesellschaft zusammenhalten». (ENGELBERT und HOFFMANN 1994, 18)

In Rwanda ist eindeutig das genaue Gegenteil geschehen. Der Staat, in die Enge getrieben durch Kräfte, die sowohl lokaler als auch globaler Natur waren, zog den Genozid der Solidarität vor. Gezwungen, die Wirtschaft nach den Vorgaben der Weltbank umzugestalten, war für Rwandas Regime bei der «Umverteilung des Einkommens und damit der Macht» die Grenze erreicht.

Im Zuge des Coups von General Habyarimana von 1973 wurde Rwanda zum Liebling der globalen Geber, größtenteils deshalb, weil das neue Regime – welches das Jahr 1974 zum «Jahr der Landwirtschaft und der manuellen Arbeit» erklärte und 1975 die Zwangsarbeit wieder einführte – ein System ausbeuterischer Effizienz war. «In den Augen der US-Regierung und anderer Geber», schrieb Lindsay HILSUM, «war Rwanda [...] ein Modell für effiziente Entwicklung. Jeder rwandische Bürger musste samstags Gemeinschaftsarbeit leisten. Das System war hart, aber erfolgreich – Straßen wurden gebaut, Bäume gepflanzt [...]» (1994, 14) Und was noch profitabler war, es wurde Kaffee angebaut. Von 1965 bis 1989 wuchs das Bruttosozialprodukt in Rwanda ständig an – um 4,9 Prozent pro Jahr –, und Kaffee erbrachte mehr als 80 Prozent der Exporteinnahmen. Die Kaffeeproduktion war derjenige Wirtschaftssektor, «auf den am meisten Zwang und Druck ausgeübt wurden», berichtet Peter UVIN, und dieser Anbau beanspruchte den weitaus größten Teil der bäuerlichen Arbeit. So wurden Bauernfamilien 1988 beispielsweise gezwungen, fast 54'000 Hektar Land für den Kaffeeanbau zu reservieren, was pro Familie durchschnittlich 157 Sträuchern entsprach (mehr als zu Kolonialzeiten). Im Jahre 1986



führte dieser Zuwachs zu einem Exporterlös von 150 Millionen Dollar – wovon, was kaum überrascht, nur wenig bis in die Hände der Kaffeepflanzer gelangte (tatsächlich betrug die Einzelhandelspreise das Zwanzigfache dessen, was die Bauern erhielten). «Der Bauer in Rwanda, der still und hart arbeitet, ähnelt häufig mehr dem unbezahlten Angestellten eines öffentlichen Unternehmens als einem freien Landwirt», schrieb UVIN. (1998, 130)

Westliche Banken und Regierungen waren beeindruckt von der ausbeuterischen Effizienz des Regimes und machten Rwanda zu einem der führenden Empfängerländer ausländischer Finanzhilfe. Von 1980 bis 1986 erhielt Rwanda jedes Jahr mindestens 200 Millionen Dollar an Hilfgeldern; eine Ausnahme bildete 1987 – in diesem Jahr stieg die Finanzhilfe auf 340 Millionen Dollar. Von 1982 bis 1987 wurden mehr als zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen mit Hilfe von ausländischem Kapital finanziert. Insgesamt waren mehr als 200 Kapitalgeber in Rwanda aktiv, und viele behandelten Rwanda privilegiert. Kanada beispielsweise unterstützte mehr als 150 Entwicklungsprojekte in Rwanda mit 150 Millionen Dollar. Rwanda war auch der größte Nutznießer von belgischer und Schweizer Finanzhilfe. Und allen voran erlag die Weltbank Rwandas «Charme». Noch in Berichten aus den Jahren 1989 bis 1991 – als sich der Kaffeemarkt und die Wirtschaft in einer Krise befanden, Kriege und Hungersnöte ausgebrochen waren und sich ethnische Spannungen und Repressionen verschlimmert hatten – lobte die Weltbank das Habyarimana-Regime wegen seiner Humanität und Klugheit. Wie Peter UVIN schreibt: «Die Weltbank hatte offenbar die heftigste Liebesaffäre mit Rwanda. Der Grund für diese intensive Beziehung war wahrscheinlich, dass Rwandas Wirtschaftspolitik insgesamt recht liberal [mit anderen Worten: marktorientiert] war und damit genau auf der ideologischen Linie der Bank lag, was in Afrika vor der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre eine Seltenheit war.» (1998, 46)<sup>7</sup>

7 Wie Andy STOREY schreibt: «Rwandas Wirtschaft ist bereits vor der formellen Durchführung eines Strukturanpassungsprogramms stark liberalisiert worden – sei es zum Guten oder zum Schlechten.» (1991, 54)

Das Ergebnis war, wie Catharine NEWBURY einmal bemerkte, dass «Rwanda sehr stark von fremder Hilfe abhängig ist» (1992, 199). In den Jahren 1989 und 1990 stammten 11,4 Prozent von Rwandas Bruttosozialprodukt aus dem Ausland. Diese Abhängigkeit machte das Regime äußerst verwundbar, besonders als der Kaffeemarkt 1987 zusammenbrach und der Export drastisch sank.

An dieser Stelle sei auf eine doppelte, traurige Ironie hingewiesen. Erstens waren Rwandas lange Flitterwochen mit den westlichen Geldgebern trotz steigender Produktivität auch eine Periode wachsender Armut und Ungleichheit. Und zweitens wurde die Kaffeekrise, die diese Flitterwochen abrupt beendete – eine Krise, die eindeutig allein das Ergebnis von Marktläunen war –, vom IWF ausgenutzt, um Rwanda noch «marktkonformer» zu machen. Wie vorauszusehen war, verstärkte diese Strategie Armut und Konflikte nur noch weiter.

So bewirkte der freie Markt seine Wunder in Rwanda.

Wenn Kreditvergabe und «Marktreformenten» tatsächlich Armut und Unterdrückung verringern würden – wie es offiziell immer wieder verkündet wird –, dann sollte Rwanda inzwischen vergleichsweise wohlhabend und befriedet sein. Doch häufig ist es so, dass marktorientierte Kapitalvergabe die Armen noch ärmer, die Reichen noch reicher und die Privilegierten noch härter bei der Verteidigung ihrer Privilegien macht. Genau das geschah in Rwanda. Im nördlichen Rwanda war der Reichtum seit langem in den Händen der alten Kiga-Grundbesitzerklasse konzentriert, der so genannten *abakonde*. In den 1960er-Jahren hatte die Parmehutu parallel dazu eine Elite von südrwandischen Geschäftsleuten und Politikern reich gemacht. Nach 1973, in den Jahren der Habyarimana-Regierung, wurde die Konzentration von Reichtum im Norden wie auch im Süden jedoch noch extremer. Dieser Zustand war bei der Ungleichverteilung von Grund und Boden wohl am deutlichsten zu erkennen und zeigte hier auch die schlimmsten Folgen.

Man muss sich zunächst einmal daran erinnern, dass die durchschnittliche Bauernfamilie 1949, nach jahrzehntelanger Kolonialherrschaft, noch immer 3 Hektar Land besaß. In den 1960er-Jahren war dieser Durchschnitt jedoch bereits auf 2 Hektar gefallen, und Anfang der 1980er-Jahre war er

weiter auf nur noch 1,2 Hektar gesunken. Im Jahre 1984 arbeiteten mehr als die Hälfte aller Bauern (57 Prozent) auf einem einzigen Hektar oder weniger, während rund ein Viertel der Bevölkerung (27 Prozent) mehr als 1,5 Hektar besaß. Insgesamt wurde fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe von Bauern gepachtet, die kein eigenes Land hatten; das ärmste Viertel der Bevölkerung besaß weniger als 7 Prozent aller landwirtschaftlichen Flächen, und eine reiche Minderheit (16 Prozent) teilte sich fast die Hälfte des Bodenbesitzes (42,9 Prozent). Überdies hatte der Staat das gesetzliche Recht, Bauern willkürlich zu enteignen – und machte davon auch regelmäßig Gebrauch. Als rwandische Bauern 1982 gefragt wurden, ob sie sich wünschten, dass ihre Kinder ebenfalls Bauern würden, verneinten fast vier von fünf der Befragten.

Im Lohnsektor herrschte auch keine Gleichheit. Im Jahre 1986 erhielten die reichen 1,1 Prozent der Lohnempfänger mehr als ein Viertel des Gesamtbetrags aller Gehälter (27,8 Prozent), während die ärmere Hälfte (49 Prozent) gerade einmal 7,6 Prozent verdiente. Und so rasch entwickelte sich Rwanda auseinander, dass nur zwei Jahre später, also 1988, der Anteil des Gesamtbetrags, den das reichste Prozent einstrich, auf fast die Hälfte (45,8 Prozent) angestiegen war, während sich die ärmeren zwei Drittel (65 Prozent) nun mit weniger als 4 Prozent der Gesamtsumme begnügen mussten. Es sei betont, dass all dies schon galt, *bevor* Rwanda 1990 dem Strukturanpassungsprogramm (*Structural Adjustment Program*, SAP) des IWF zustimmte. Danach wurde die Lage noch schlechter.

Die Wurzel des Problems, das sei nochmals gesagt, war marktbedingt – namentlich durch den freien Fall der Kaffeepreise, der 1987 begann, als das System der Produktionsquoten auseinander brach, das unter dem Internationalen Kaffeeabkommen (ICA) eingeführt worden war. Zwei Jahre später geriet das ICA bei einem «historischen» Treffen in Florida, wie Michel Chossudovsky berichtet, «aufgrund des politischen Drucks aus Washington zugunsten der großen amerikanischen Kaffeehändler» endgültig in eine Sackgasse (1997, 111). In den nächsten paar Monaten fielen die Kaffeepreise um weitere 50 Prozent.

In Rwanda war der Nettoeffekt katastrophal. Insgesamt fiel der Weltpreis für Kaffee zwischen 1985 und 1992 um 72 Prozent, während die Preise für Rwandas andere Hauptexportgüter (Tee und Zinn) um 66 bzw. 35 Pro-

zent sanken. Damit verringerte sich die reale Kaufkraft aus Rwandas Exporten in dieser Zeitspanne um 59 Prozent. Als Reaktion darauf zwang die Regierung die Bauern, das Volumen der Kaffeeproduktion 1989 und 1990 um 40 Prozent zu erhöhen – obwohl der Gewinn der Bauern aus dem Kaffeeanbau um 20 Prozent *fiel*. Gleichzeitig sank die Produktion der fünf wichtigsten Feldfrüchte, die der Ernährung dienten, um mindestens 20 Prozent.<sup>8</sup>

Die Weltbank sandte im November 1988 eine Delegation nach Rwanda, um sich einen Überblick über die Optionen der Regierung zu verschaffen. Das Ergebnis war das Dokument *With Strategy Change*, in dem eine verstärkte «Hinwendung Rwandas zum freien Markt» vorgeschlagen wurde. Auf der Basis von Computersimulationen wurde argumentiert, eine verstärkte Marktorientierung der Wirtschaft werde bis spätestens 1993 reiche Ernte bringen – steigende Investitionen und wachsenden Verbrauch, eine bessere Handelsbilanz und sinkende Schulden. Damit übte die Weltbank erfolgreich Druck auf das Habyarimana-Regime aus, eine ökonomische Schocktherapie in Form des Strukturanpassungsprogramms zu akzeptieren, das mit dem IWF, der Weltbank und der staatlichen amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation *U.S. Agency for International Development* (USAID) ausgehandelt worden war.<sup>9</sup> Die Übereinkunft, das SAP fortzuführen, wurde am 17. September 1990 in Washington unterzeichnet – gerade einmal zwei Wochen, bevor die Patriotische Front Rwandas (RPF),

- 8 So sank die Maisproduktion zum Beispiel von 110'000 Tonnen im Jahre 1983 auf 90'000 Tonnen im Jahre 1993, während Hirse, ein weiteres Grundnahrungsmittel, von 213'000 Tonnen 1982 auf rund 140'000 Tonnen 1988 *fiel*. Die Produktion von Bohnen, der wichtigsten Quelle für die bäuerliche Ernährung, sank um 50 Prozent.
- 9 Wie die Organisation für Afrikanische Einheit in einem aktuelleren Bericht schrieb, «kam die Habyarimana-Regierung widerstrebend zu dem Schluss, sie habe kaum eine andere Wahl, als das Strukturanpassungsprogramm zu akzeptieren [...] als Gegenleistung für ein Darlehen, das an die rigide und harte Politik geknüpft war, die für die damals im Westen herrschende ökonomische Orthodoxie kennzeichnend war. Die Prämisse war, dass Rwanda eine wirtschaftliche Schocktherapie benötige.» (CAPLAN und SANGARE 2000, 5.5)

die ebenfalls versuchte, Habyarimanas Verwundbarkeit auszunutzen, aus Uganda einmarschierte.<sup>10</sup>

Das neue SAP wurde im November 1990 mit einer 40-prozentigen Abwertung des rwandischen Francs eröffnet; ein paar Tage später folgten drastische Preiserhöhungen für Treibstoff und andere Verbrauchsgüter. Letztendlich, lobte die Weltbank 1997 in der Rückschau, habe die «rwandische Regierung 1991–92 die meisten der verabredeten Reformmaßnahmen umgesetzt». (zitiert in STOREY 1999, 49) Zinsen, Steuern und Schulgeld wurden erhöht, während die Produktionspreise für Kaffee, die den Bauern gezahlt wurden, zunächst auf dem Niveau von 1989 eingefroren wurden und 1990 dann um 20 Prozent fielen. Zu weiteren SAP-Maßnahmen gehörten die Privatisierung oder Liquidierung von Staatsunternehmen, Strategien, um die bäuerliche Produktion, insbesondere auf dem Exportsektor, zu kommerzialisieren und zu intensivieren, der Abbau von Importschranken, strikte Lohnkontrolle im staatlichen Sektor, die Aufhebung von Preis- und Gewinnkontrollen, die Eliminierung von mehr als der Hälfte aller mit öffentlichen Investitionen geförderten Projekte in Rwanda, die Stornierung eines Programms, um Sumpfgebiet in Ackerland zu verwandeln, was der Weltbank «unwirtschaftlich» erschien, und die Einführung von Gebühren für staatliche Leistungen auch im Gesundheits- und Bildungswesen.

Im Juni 1992 verfügte die Regierung eine weitere 15-prozentige Abwertung des rwandischen Francs, was zu einer erneuten Preissteigerung bei Treibstoff und der Grundversorgung führte. 1993 verkündete die Regierung, von der Weltbank gedrängt, Pläne zur Privatisierung des Electrogaz-Energiemonopols, kurz darauf wurden 2000 Angestellte von Electrogaz entlassen. Im September 1993 privatisierte die Regierung die staatliche Telekommunikationsgesellschaft Rwandatel. All diese Maßnahmen stellten tatsächlich eine gewaltige Schocktherapie dar.

10 Das war ein ungünstiger Zeitpunkt, um mit einem SAP zu beginnen, zumal der IWF gerade entschieden hatte, eine noch rigorosere Einhaltung der strengen Anforderungen zu verlangen. Und der Zusammenbruch der UdSSR gab dem IWF freiere Hand, die Dezentralisierung von Staaten voranzutreiben, die den freien Welthandel blockierten.

Die globalen Geldgeber klatschten Beifall. In einer Zeit, als die Finanzhilfe für Afrika insgesamt sank, wurde die Unterstützung für Rwanda 1991 kräftig erhöht. Bis Juni hatten IWF und Weltbank mehr als 100 Millionen Dollar an neuen Strukturanpassungsdarlehen bewilligt.<sup>11</sup>

Im selben Jahr gab die Europäische Union Rwanda 15 bis 40 Millionen Dollar, die Vereinigten Staaten zogen mit 10 bis 25 Millionen Dollar nach, Frankreich folgte mit 12 bis 14 Millionen Dollar, Österreich mit 6 bis 10 Millionen Dollar, Belgien mit 200 Millionen Belgischen Francs, und die Schweiz widmete 10,9 Millionen Schweizer Franken – «um einem befreundeten Land in Not zu helfen», wie es die Schweizer ausdrückten. 1991 überwies Deutschland 16 Millionen Dollar, Japan 6 Millionen Dollar und Belgien 720 Millionen Belgische Francs. Frankreich lieferte darüber hinaus von Kriegsbeginn an militärische Unterstützung. Und noch im Januar 1994, wenige Monate vor dem Genozid, schickte Japan noch einmal 7 Millionen Dollar.

Für die gewöhnliche Bevölkerung Rwandas waren die Auswirkungen dieser Politik schmerzlich fühlbar. In den ersten sieben Monaten des Programms erhöhten sich die Preise für Güter des täglichen Bedarfs in der Hauptstadt Kigali aufgrund der Inflation um durchschnittlich 50 Prozent. Insgesamt schnellte die Inflation zwischen 1989 und 1991 von 1 auf 19 Prozent. 1992 und erneut 1993 stieg die Inflationsrate um jeweils 10 Prozent. Wie die Caritas berichtete, zogen die Preise derartig an, dass die Menschen hungerten, Obdachlosigkeit sich verbreitete und besonders Kinder sowie Kranke aufgrund einer effektiven Hungersnot in große Gefahr gerieten. Staatsunternehmen gingen Bankrott, der Schulbesuch ging zurück, öffentliche Leistungen (auch im Gesundheitswesen und auf dem Bildungssektor) wurden drastisch eingeschränkt, Fälle starker Unterernährung bei Kindern mehrten sich, und die Häufigkeit von Malaria nahm (im ersten Jahr des Programms) um 21 Prozent zu – hauptsächlich deshalb, weil es im öffentlichen Gesundheitswesen an Antimalariamitteln fehlte.

11 Im April 1991 sagte der IWF dem Regime ein Darlehen von 11,91 Millionen Dollar für «erweiterte Strukturanpassungsmaßnahmen» zu, und zwei Monate später stimmte die Weltbank einem «Strukturanpassungskredit» von 90 Millionen Dollar zu.

So wirklichkeitsfremd wie immer berichtete die Weltbank 1994, in Rwanda seien «Grund und Boden weniger ungleich verteilt als anderswo» (zitiert in UVIN 1998, 11). Diese erstaunliche Behauptung wird durch zahlreiche Fakten widerlegt. Anfang der 1990er-Jahre war der durchschnittliche Grundbesitz einer Familie auf ein neues Tief von 0,7 Hektar gefallen – gerade einmal die Fläche, die die Vereinten Nationen als Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie definieren. Unter Anwendung dieses Kriteriums kam die Uno zum Schluss, dass 43 Prozent aller bäuerlichen Haushalte in Rwanda unter die absolute Überlebensschwelle gefallen waren und infolgedessen unter chronischer Unterernährung litten. Selbst die Weltbank berichtete 1991, das durchschnittliche tägliche Einkommen der ärmeren Hälfte der rwandischen Gesellschaft wäre unter 2000 Kilokalorien pro Kopf gefallen. Bauern, die 1984 durchschnittlich 2055 Kilokalorien pro Tag erwirtschaftet hatten, waren bis 1991 auf nur 1509 Kilokalorien zurückgefallen – ein Rückgang um fast 27 Prozent.<sup>12</sup> Rund die Hälfte aller Kinder war im Wachstum zurückgeblieben.

Im Jahre 1991 waren 26 Prozent der ländlichen Bevölkerung völlig ohne Land. Im Jahre 1993 enthüllte ein USAID-Report, dass Rwanda nun die höchste Armutsrate auf der ganzen Welt hatte.

Das Habyarimana-Regime steckte nun in großen Schwierigkeiten. Die Wirtschaft lag am Boden. 1992 hatte sich die Auslandsverschuldung um 34 Prozent erhöht. 1993 waren die Einnahmen aus dem Kaffee-Export auf 20 Prozent der Einnahmen gefallen, die 1986 – vor der Krise – erwirtschaftet worden waren (150 Millionen Dollar). 1994 war das staatsbetriebene Kaffeevermarktungssystem völlig zum Erliegen gekommen. Alles in allem hatte sich das Verhältnis von Importen zu Exporten zwischen 1990 und 1993 verdoppelt, wobei die Importe 300 Millionen Dollar überstiegen, während die Exporte auf rund 50 Millionen Dollar fielen.

12 Die Kalorienaufnahme ihrerseits war «perfekt korreliert» mit dem Einkommen und «fast perfekt korreliert» mit der Ackerfläche. (UVIN 1998, 112)

Inzwischen sah sich das Habyarimana-Regime, nachdem es sich dem westlichen Druck gebeugt und rivalisierende Parteien zugelassen hatte, zuhause zunehmender Unzufriedenheit ausgesetzt. Die alten Parmehutu-Kräfte erwachten zu neuem Leben, und zu ihnen gesellte sich, über das ganze politische Spektrum verteilt, eine Vielzahl neuer Parteien. Unterdessen wurde die Bauernschaft gefährlich widerspenstig. Viele Bauern schlossen sich zu Bauernvereinigungen zusammen, die zu Zentren der Unzufriedenheit wurden. Die Bauern litten doppelt unter den schlimmen Nachwirkungen der Kaffeekrise, da der Staat seine Forderungen immer höher schraubte, und rissen im Jahre 1992 mindestens 300'000 Kaffeesträucher aus.<sup>13</sup> Sie weigerten sich, samstags zur Arbeit anzutreten, hörten auf, staatliche Massenversammlungen zu besuchen, besetzten vom Westen gesponserte Vorzeige- und Wiederaufforstungsprojekte und zerstörten Einrichtungen zum Erosionsschutz auf ihren Feldern. Diese Aktionen waren allesamt Ausdruck von Trotz und Verzweiflung, strikt illegal und erschreckten zudem die kampfbereiten Machthaber zutiefst, da diese sowohl ihre politische Zukunft als auch ihre Kaffeeprofite gefährdet sahen.

All dies geschah, während der Staat seine Militärausgaben vervierfachte und (mit Hilfe Frankreichs) seine Armeestärke verachtachte. Ziel dieser militärischen Aufrüstung war es, die RPF zurückzuschlagen – doch auch dieser Plan misslang, denn bald wurde deutlich, dass die RPF den Vormarsch der Armee gestoppt hatte. Noch schlimmer wog vom Standpunkt von IWF und Weltbank die Befürchtung, dass die Militärausgaben den durch die Strukturanpassungsmaßnahmen vorgegebenen Sparhaushalt Rwandas untergraben würden. Im Jahre 1993 schrieb der Präsident der Weltbank einen Brandbrief an Habyarimana, der bald überall im diplomatischen Corps zirkulierte; die Weltbank bestand darauf, Habyarimana solle die Militärausgaben kürzen und einen Friedensvertrag mit der RPF aushandeln. Daraufhin traf die Regierung, die sich diesem Druck grollend beugte, mit der RPF in Arusha, Tansania, zu Friedensgesprächen zusammen. Doch es dauerte nicht lange, bis deutlich wurde, dass Habyarimana die Verhandlungen absichtlich verzögerte. Im Juli 1993 berichtete Alison DES FORGES: «Die Gebernationen – einschließlich Frank-

13 CHOSSUDOVSKY nennt dies «eine konservative (vorsichtige) Schätzung».



reich – hatten [wegen Habyarimanas Hinhaltetaktik] die Geduld verloren und griffen zum Ultimatum. Zusammen mit der Weltbank informierten sie Habyarimana, dass internationale Darlehen für seine Regierung eingefroren würden, wenn er bis zum 9. August keinen Vertrag unterzeichnet habe. Ohne andere verfügbare Geldquelle war Habyarimana gezwungen, am 4. August 1993 zusammen mit den anderen Parteien zu unterschreiben.» (1999, 124)

Diese Handlung brachte für die Extremisten der herrschenden Partei offensichtlich das Fass zum Überlaufen; sie entschlossen sich, nun auch ohne Habyarimanas Unterstützung, weiterzukämpfen. Beim Verlassen der Arusha-Gespräche meinte Oberst Theoneste Bagosora, der später beim Genozid eine zentrale Rolle spielen sollte, gegenüber Kollegen, er kehre nach Rwanda zurück, «um die Apokalypse vorzubereiten». (OMAAAR und DE WAAL 1994, 79)

Seit Anfang der 1990er-Jahren waren in Rwanda viele tausend Mann starke Todesschwadronen trainiert worden. Offene Androhungen von Völkermord wurden geäußert, und es war wohl bekannt, dass Tutsi und Dissidenten gefährdet waren. Viele wurden umgebracht. Das Startsignal für den Genozid kam am 6. April 1994, als das Flugzeug, mit dem Habyarimana nach Rwanda heimkehrte, auf dem Rückflug abstürzte. In den folgenden Tagen schwärmten überall in Rwanda Todesschwadronen aus und töteten, unterstützt vom Militär, so viele tatsächliche oder vermutete Dissidenten wie möglich. In vielen Gemeinden wurden Bauern bestochen, gezwungen und beschwätzt, sich am Gemetzel zu beteiligen. Viele machten mit, und viele weigerten sich.

Innerhalb von nur 14 Wochen wurden rund 850'000 Menschen umgebracht. Der Genozid wurde Mitte Juli von der RPF ohne ausländische Hilfe gestoppt, als sie Kigali eroberte und die Überreste von Habyarimanas Armee sowie die Todesschwadronen ins Exil trieb.

Von Anfang an zeigten IWF und Weltbank bemerkenswert wenig Interesse an den möglichen negativen Auswirkungen der Strukturanpassungen in Rwanda. Die Gefahr einer Krise infolge der Schocktherapie könnte in einem Land am Rande des Krieges akut erscheinen, doch die Weltbank ging derart blasiert über dieses Risiko hinweg, dass sie unbeschwert alle

«nichtökonomischen Variablen» ausschloss, als sie wahrscheinliche SAP-Folgen berechnete. Und tatsächlich gelang es der Weltbank so perfekt, keine Probleme zu sehen, dass sie Rwanda in einem Bericht 1991 wegen seiner ethnischen und sozioökonomischen Homogenität ausdrücklich lobte! Im selben Jahr fanden externe Beobachter auch «wichtige Geldgeber [...], die bestritten, dass ethnische Konflikte ernsthafte Risiken darstellten», berichtet Alison DES FORGES von der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*. «Als sie den Geldgebern empfahlen, darauf zu bestehen, als Bedingung für weitere Hilfen ethnische Klassifizierungen aus Personalausweisen zu entfernen, machte sich niemand diesen Rat zu Eigen.»<sup>14</sup> (1999, 92)

Dies war kein Einzelfall. Im April 1993 reiste der Sonderberichterstatter der UN für willkürliche und außergerichtliche Massenhinrichtungen nach Rwanda, um Vorwürfen wegen weit verbreiteter Menschenrechtsverstöße nachzugehen, darunter auch der gewalttätigen Unterdrückung von Dissidenten und dem Massaker an 1500 Tutsi-Nomaden, dem so genannten Bagogwe-Massaker von 1992. Im August 1993 veröffentlichte der Berichterstatter einen Report, in dem das Habyarimana-Regime einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen angeklagt wurde, einschließlich des Tatbestands von Völkermord, so wie er in der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 definiert ist. Und wieder zeigten die Geldgeber kaum Interesse. Wie UVIN schreibt: «Die Tatsache, dass das Entwicklungsgeschäft weiterhin ablief, während die von der Regierung unterstützten Menschenrechtsverletzungen ständig zunahmen, war ein klares Signal dafür, dass sich die internationale Gemeinschaft nicht allzu sehr für das rassistisch motivierte und öffentlich organisierte Abschlichten der Bürger interessierte.» (1998, 229)

Seit dem Genozid haben die meisten Kritiker/innen dem Staat und seinen Todesschwadronen die Schuld zugeschoben, ferner Frankreich, weil es Habyarimana Geld, Waffen und militärische Unterstützung sandte, und der Uno, weil sie, als der Genozid begann, ihre Truppen aus Rwanda zurückzog und damit nicht verhinderte, was General Roméo Dallaire, der

14 DES FORGES (1999) fügt hinzu, dass dieselben Berater sich an Botschafter und andere Mitarbeiter der amerikanischen, französischen, kanadischen, deutschen und belgischen Botschaft wandten, mit ebenso geringer Wirkung.

Befehlshaber der UN-Militärmission, als einen abwendbaren Genozid bezeichnete, außerdem der RPF, weil sie die einheimischen Tutsi und Dissidenten gefährdete, und schließlich vor allem der Bevölkerung von Rwanda, die des Rassismus und einer autoritätshörigen Willfährigkeit gegenüber dem Bösen bezichtigt wurde. Mit Ausnahme des letzten Vorwurfs – der die Bedeutung des öffentlichen Widerstands der rwandischen Bevölkerung gegen die Staatsmacht unterschätzt und den Grad der öffentlichen Teilhabe am Genozid überschätzt – ist diese Kritik wohlverdient. Doch es wäre ein Fehler, die Rolle der Globalisierungsbefürworter bei diesem Genozid zu minimieren. So wichtig interne Faktoren auch waren, scheint es dennoch höchst unwahrscheinlich, dass diese Faktoren allein zu einem Genozid geführt hätten.<sup>15</sup> Und von den globalen Kräften, die am Genozid beteiligt waren, spielte keine (vielleicht mit Ausnahme der französischen Außenpolitik) eine wichtigere Rolle als die Politik von IWF und Weltbank.

David WOODWARD, ansonsten ein vorsichtiger Kritiker der Globalisierungskräfte in Rwanda, bezeichnet die Schocktherapie als «extrem unverantwortlich. Selbst wenn das Anpassungsprogramm nicht direkt zu den tragischen Ereignissen von 1994 beigetragen hat, musste eine derartig rücksichtslose Missachtung sozialer und politischer Empfindlichkeiten zweifellos das Risiko erhöhen, eine potenziell explosive Situation zu schaffen oder zu verschlimmern.» (1996, 25) Gerald CAPLAN und Anatole SANGARE, die im Auftrag der Organisation für Afrikanische Einheit

15 Der interne Faktor, dem meistens eine ursächliche Rolle angesichts des Genozids zugesprochen wird, ist die Überbevölkerung. Diese Behauptung ist meiner Ansicht nach nicht besonders glaubhaft. Obwohl der Populationsdruck in Rwanda sicherlich ein Problem ist, ist es falsch, anzunehmen, Gewalt sei ein einfacher Reflex auf sehr enges Zusammenleben. Wie Peter UVIN (1998) schreibt, fanden beide Perioden bürgerlicher Gewaltausbrüche in Rwanda (1959–1964 und 1973) in einer Zeit hohen Pro-Kopf-Wachstums in der Nahrungsmittelproduktion statt. Und trotz der wohl bekannten Tatsache, dass Rwanda das höchste Bevölkerungswachstum im Afrika südlich der Sahara hat (8,3 Kinder pro Frau), nimmt Rwanda, was die Bevölkerungsdichte angeht, in Afrika tatsächlich nur den sechsten Rang ein.

(*Organisation of African Unity, OAU*) recherchierten, unterstreichen diese Kritik: «Die Weltbank, das sollten wir festhalten, leugnet, dass sie für die eskalierenden ökonomischen Schwierigkeiten in Rwanda verantwortlich war, wenn auch nicht» – und hier wird der Ton des OAU-Berichts sarkastisch – «mit ihrer üblichen Selbstsicherheit.» (2000, 5.7) Tatsächlich argumentierte die Weltbank am 16. Mai 1994, auf dem Höhepunkt des Genozids, in halbherziger Selbstverteidigung, es sei «schwierig, die Auswirkungen des Anpassungsprogramms auf das Einkommen der Armen zu analysieren, weil sich die wirtschaftliche Situation insgesamt verschlechterte und es allen schlechter ging». (zitiert nach *ibd.*, Kursivsetzung durch den Autor) Wo sie Recht hat, da hat sie Recht.

In einem klassischen Fall von später Einsicht hat die Weltbank in jüngster Zeit vorgeschlagen, «soziale Abschätzungen, einschließlich einer ausdrücklichen Berücksichtigung von Quellen sozialer Konflikte und sozialer Spannungen als Kernaspekte der Entwicklung» anzusehen (zitiert in STOREY 1999, 58). Dennoch bleibt der Enthusiasmus von IWF und Weltbank für Strukturanpassungen ungebrochen. Selbst LAFAY und LECAILLON, die genau wissen, dass unüberlegte Interventionen «zur Auslösung oder Beschleunigung von revolutionären Prozessen oder Bürgerkriegen [oder] zu vermehrten Terrorakten oder [...] zu staatlicher Unterdrückung» führen können, glauben weiterhin, man solle das Risiko eingehen. (1993, 91)

### **Wege aus der Krise**

«Das Alte stirbt, und das Neue kann nicht geboren werden», schrieb Antonio GRAMSCI einst, als er über die Fehlgeburt des Kapitalismus in Süditalien nachdachte. «In dieser Zeit des Interregnums taucht eine Vielzahl morbider Symptome auf.» Für Rwanda und einen Großteil Afrikas war das 20. Jahrhundert eine Epoche des verhinderten Übergangs. Alte Bräuche starben, doch das Jahrtausend des Marktes brach niemals an. Zwangsarbeit und Kaffee-Export zerstörten ganze Reiche, boten aber keine Befreiung. Gibt es eine Lösung? Gibt es einen Weg nach vorn?

Manche Experten behaupten, Rwanda sei von seiner eigenen Vergangenheit eingeholt worden, die sich nicht unterdrücken ließ. Primitiver

Hass, der unter der Oberfläche der Zivilisation pulsierte, sei wieder erwacht. Daher könne die Lösung nur außerhalb Rwandas liegen. Diese Denkweise ist die augenscheinliche Begründung für William PFAFFS Vorschlag in *Foreign Affairs*, den Kolonialismus wiederzubeleben: «Wenn irgendjemand in der Lage ist, verständnisvoll mit diesen Ländern umzugehen, dann sind es die Europäer.» (1995, 4)

Inzwischen sollte die blanke, lachhafte Anmaßung dieser Behauptung offensichtlich sein. Solange Rwanda ein Spielstein des Westens und des Marktes ist, hat es wohl kaum eine Chance, nicht länger ein Zwangsarbeiterstaat zu sein. Es ist in diesem Zusammenhang kulturell sehr aufschlussreich, dass die völkermörderischen Todesschwadronen *interahamwe* genannt wurden – ein Begriff, der einst für die Zwangsarbeiterteams reserviert war. Und der umgangssprachliche Ausdruck für Mord während des Genozids war *work* (Arbeit). Offenbar ist der Weg von Zwangsarbeit zum erzwungenen Mord nicht so weit, wie es scheinen mag. Solange globale Kräfte weiterhin ein Regime in Rwanda favorisieren, das auf Zwangsarbeit und Kaffeeanbau beruht, wird es wohl auch in Zukunft zu Hader und Streit kommen.

Hoffnung für Rwanda könnte meiner Meinung nach aus zwei Bereichen erwachsen: zum einen aus der potenziellen Einheit der unterdrückten Völker der Ostafrikanischen Seenplatte, zum anderen in Rwanda selbst aus denselben Kräften öffentlicher Auflehnung, die Anfang der 1990er-Jahre zum Leben erwachten.

Ende 1994 wurde die Menschenrechtsaktivistin Monique MUJAWAMARIYA gefragt, was in ihrem Land passiert sei. Ihre Antwort ist aufschlussreich: «Die Menschen revoltierten gegen ein gut bewaffnetes diktatorisches Regime, und sie zahlen noch immer einen hohen Preis für ihren Versuch, eine Demokratie zu installieren. Der Clan des Diktators wusste, dass er aufgrund von internationalem Druck und der Mobilisierung der Öffentlichkeit die Macht würde teilen müssen. Die Menschen waren in Scharen in die Oppositionsparteien eingetreten, das versetzte das Regime in Panik. Daher beschloss es, die gemäßigte Opposition zu zerschlagen, die Intellektuellen zu töten und jeden umzubringen, der einen Anspruch auf Macht hätte erheben können. Es ist eine Revolution, in deren Verlauf es zu einem Genozid gekommen ist.» (in: SAINT-JEAN 1994, 13)

Nur die rwandische Bevölkerung kann, gestärkt durch die Einheit mit Nachbarländern, die nötigen Schritte unternehmen, um Massensterben in Zukunft zu verhindern. Das leuchtende Beispiel eines Massenwiderstands Anfang der 1990er-Jahre bietet Anlass zur Hoffnung.

### Weiterführende Literatur

- CAPLAN, Gerald, und Anatole SANGARE. 2000. *The Preventable Genocide*. Online unter <http://www.oau-oua.org/Document/ipep/ipep.htm>: Organization of African Unity.
- CHOSSUDOVSKY, Michel. 1997. *The Globalisation of Poverty: Impacts of IMF and World Bank Reforms*. London and Atlantic Highlands, N.J.: Zed Books; Penang, Malaysia: Third World Network. – Deutsche Ausgabe 2002. *Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut und der Krieg*. Frankfurt/Main: Zweitausend-eins.
- DES FORGES, Alison. 1999. *Leave None to Tell the Story: Genocide in Rwanda*. New York und Paris: Human Rights Watch. – Deutsche Ausgabe 2002. *Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda*. Hamburg: Hamburger Edition.
- OMAAAR, Rakiya, und Alex DE WAAL. 1994. *Rwanda: Death, Despair, and Defiance*. 2. Aufl. London: African Rights.
- SMITH, David Norman. 1998a. «Postcolonial Genocide.» In *The Coming Age of Scarcity. Preventing Mass Death and Genocide in the Twenty-first Century*, herausgegeben von Michael Dobkowski und Isidor Wallimann, 220–44. Syracuse: Syracuse Univ. Press.
- 1998b. «The Psychocultural Roots of Genocide: Legitimacy and Crisis in Rwanda.» *American Psychologist* 53, Nr. 7 (Juli): 743–753.
- STOREY, Andy. 1999. «Economics and Ethnic Conflict: Structural Adjustment in Rwanda.» *Development Policy Review* 17: 43–63.
- UVIN, Peter. 1998. *Aiding Violence: The Development Enterprise in Rwanda*. West Hartford, Conn.: Kumarian Press.